

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hennef



Anpacken. Für unser Hennef.

SPD-Fraktion, Rathaus, 53773 Hennef

An den
Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Klaus Pipke
Rathaus
53773 Hennef

Fraktionsbüro
Rathaus Raum 1.01
Frankfurter Str. 97
53773 Hennef (Sieg)
spd@hennef.de

Hennef, den 09.09.2013

Antrag: Ablehnung des Erwerbs von Anteilen an der Rhenag durch die Stadt Hennef

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte legen Sie folgenden Antrag dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vor:

Der Rat der Stadt Hennef beschließt:

- 1.) Die Stadt Hennef spricht sich gegenüber dem Rhein-Sieg-Kreis gegen den geplanten Kauf von Anteilen am Unternehmen Rhenag AG aus.
- 2.) Die Stadt Hennef wird im Rahmen der Benehmensherstellung zum Kreishaushalt die Zustimmung zur Aufstellung des geplanten Nachtragshaushaltes verweigern.
- 3.) Der Rat der Stadt Hennef fordert den Rhein-Sieg-Kreis auf, sofern er in erneuerbare Energien investieren will, stattdessen in Energieprojekte zu investieren, die 100% in kommunaler Hand sind bzw. an denen Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden.

Begründung:

Hinter verschlossenen Türen wurde seit längerem von Seiten der Kreisverwaltung über einen Ankauf von Anteilen am Energieunternehmen Rhenag verhandelt. Nun sind einige Informationen auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden und die politische Meinungsfindung ist im Gange. Da die Kommunen über die Kreisumlage immer direkt an Finanzgeschäften des Kreises beteiligt sind, halten wir es für geboten, dass sich die Stadt Hennef dazu positioniert. In der Zeitung war zu lesen, dass sich der Bürgermeister zustimmend zu dem Geschäft geäußert habe. Wir halten es für angemessener, wenn der Stadtrat darüber befindet.

Der Ankauf von Anteilen der Rhenag, finanziert über Kredite und beschlossen mit einem Nachtragshaushalt, ist aus unserer Sicht abzulehnen. Dagegen sprechen die Gründe, die im Folgenden zusammenfassend aufgeführt werden.

Wir halten es für sinnvoll, Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge über kommunale Unternehmen bereitzustellen. In Hennef haben wir diese Diskussion geführt. Einige Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis gehen diesen Weg oder sind ihn schon gegangen. Wir halten es daher nicht für sinnvoll, wenn sich eine kommunale Gebietskörperschaft mit Aktienanteilen an einem privatwirtschaftlich agierenden Unternehmen beteiligt. Dadurch entstünde auch eine merkwürdige Konkurrenzsituation zwischen einem Unternehmen, an dem der Kreis beteiligt ist und Stadtwerken bzw. Städten, die sich aktuell noch in

Vorsitzender:
Norbert Spanier
Keplerstraße 23
Tel. Nr. 02242 / 9181831
Fax. Nr. 02242 / 9180908

Tel. Nr. 02242 / 888 292
02242 / 888 294
Fax. Nr. 02242 / 888 7 292
spd@hennef.de
www.spd-hennef.de

Geschäftsführerin:
Edelgard Deisenroth-Specht
Kapellenstraße 11
Tel. Nr. 02242 / 7684

Verhandlungen zu einem Netzzurückkauf befinden. Die Informationen dazu sind leicht erhältlich und werden deshalb hier nicht ausführlich aufgeführt.

Das Argument, dass sich der Rhein-Sieg-Kreis mit diesem Geschäft im Sinne der Energiewende verhält und nennenswerten Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Rhenag erlangen kann, erscheint uns vorgeschoben. Der Rhein-Sieg-Kreis bzw. der Landrat und die verhandelnde Kreisverwaltung möchten Anteile in Höhe von 15,1% erwerben, also eine Minderheitsbeteiligung. 84,9% halten weiterhin privatwirtschaftlich agierende Unternehmen (RWE und Rheinenergie AG). Mit diesem Anteil wird man keinen nennenswerten Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen können. Auch über die dem Rhein-Sieg-Kreis dann zustehenden Aufsichtsratsposten wird der Kreis keinen Einfluss bekommen. Es war immer die Argumentation von Landrat Kühn, dass der Aufsichtsrat dem Unternehmen verpflichtet ist. Dies ist rechtlich nicht von der Hand zu weisen. Das heißt aber, dass ein Aufsichtsrat keine Weisungen des Kreistages annehmen kann und wird. Der Landrat sitzt im Aufsichtsrat von RWE und hat entsprechende Aufforderungen, sich z.B. für Sozialtarife bei den Strompreisen einzusetzen, stets zurückgewiesen. Warum sollte im Fall der Rhenag anders verfahren werden?

Wenn man diese Ausgangslage betrachtet, dann handelt es sich bei dem beabsichtigten Kauf um ein reines Finanzgeschäft, das zum Vorteil des Kreises sein kann, es aber nicht sein muss. Es sei hier nur auf den Wertverfall der im Kreisbesitz befindlichen RWE-Aktien verwiesen. Der Energiemarkt ist nicht zuletzt aufgrund der Energiewende ein zunehmend unsicherer Markt, der vielen Schwankungen unterliegt. Wir können es nicht verantworten, dass sich der Kreis, der sich zum größten Teil über die Kreisumlage finanziert, in einem solchen Marktumfeld mit Steuergeldern an einem Privatunternehmen beteiligt. Schon gar nicht, wenn kein nennenswerter Einfluss auf die Unternehmenspolitik im Sinne der Energiewende zu erwarten ist. Im Zweifel muss auch die Stadt Hennef bei Verlusten des Unternehmens über die Kreisumlage finanziell den Kopf hinhalten.

Der Anteilserwerb kann nur über Kredite, also neue Schulden, finanziert werden. Der Rhein-Sieg-Kreis legt bei seinen Berechnungen eine deutlich höhere Gewinnerwartung (35 Mio. €) zugrunde als die Rhenag selbst (25 Mio. €). Diese Erwartungen basieren auf Werten der vergangenen Jahre. Diese als Grundlage zu nehmen, ist allerdings angesichts der Marktsituation unsicher. Das Geschäftsumfeld hat sich spätestens seit den Beschlüssen zur Energiewende dramatisch verändert. Diese Meinung teilt auch die Bezirksregierung Köln, die dem Windecker Bürgermeister bestätigt, dass der zugrunde gelegte Dividendenertrag nicht nachvollziehbar ist. Auch der Wert der Anteile ist letztlich so bestimmt worden. Auch diese Summe kann man daher durchaus in Zweifel ziehen. Es muss hier auch die Frage erlaubt sein, warum der jetzige Anteilseigner seine Anteile an der Rhenag verkaufen möchte. Dafür wird es mit Sicherheit (auch) wirtschaftliche Gründe geben.

Zusammenfassend kann man dem Finanzgeschäft nicht mit gutem Gewissen zustimmen. Der Rat der Stadt Hennef sollte sich gegen den Anteilserwerb aussprechen.

Wenn es dem Rhein-Sieg-Kreis wirklich vorrangig um das Voranbringen der Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien im Kreisgebiet geht, dann sollte der Kreis den entsprechenden Wert bzw. auch eine deutlich niedrigere über Kredite finanzierte Summe direkt in Projekte wie Bürger(innen)windparks oder ähnliches investieren. Mit ca. 25 Mio. Euro könnte der Kreis z.B. in sieben Windkraftanlagen investieren, oder eben Bürgerinnen und Bürgerinnen an der Investition beteiligen. Damit wird im Sinne der Energiewende gehandelt, ohne sich an einem Privatunternehmen zu beteiligen. Der Anteil an der Rendite der Rhenag betrüge schließlich auch nur 15,1%.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Norbert Spanier
(Fraktionsvorsitzender)

gez. Jochen Herchenbach
(stellv. Bürgermeister)

Mario Dahm
(sachkundiger Bürger)

Vorsitzender:
Norbert Spanier
Keplerstraße 23
Tel. Nr. 02242 / 9181831
Fax. Nr. 02242 / 9180908

Tel. Nr. 02242 / 888 292
02242 / 888 294
Fax. Nr.02242 / 888 7 292
spd@hennef.de
www.spd-hennef.de

Geschäftsführerin:
Edelgard Deisenroth-Specht
Kapellenstraße 11
Tel. Nr. 02242 / 7684